



Marlene Einfeldt

Strafrechtsdurchsetzung im digitalen Raum

Vom Networkdurchsetzungsgesetz (NetzDG)
zum Digital Services Act (DSA)

Schriften zum Strafrecht, Band 422

Tab., Abb., 224 Seiten, 2024

ISBN 978-3-428-19017-1, € 69,90*

Alle Informationen zum Titel: www.duncker-humblot.de/9783428190171

Die Arbeit untersucht zuerst das Networkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) und sodann das Verhältnis zum Digital Services Act (DSA). Zugrunde liegt die Erkenntnis, dass viele gepostete Inhalte strafbar sind und effektiver gemeldet und auch strafrechtlich leichter verfolgbar gemacht werden müssen.

Während das NetzDG mit konkreten Straftatbeständen klare Vorgaben für soziale Netzwerke macht, greift der DSA den Ansatz wieder auf: Für Hostingdiensteanbieter besteht nach Art. 18 Abs. 1 DSA eine Meldepflicht gegenüber Strafverfolgungsbehörden für Inhalte, die den Verdacht begründen, dass eine Straftat, die eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit einer/mehrerer Person(en) darstellt, begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte. Damit geht die europäische Meldepflicht deutlich weiter, bleibt für die Anwendung jedoch zu unbestimmt. Die Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass die Verknüpfung von deutschem und europäischem Recht erforderlich ist, um eine effektive Lösung zu erreichen.

Inhalt

Einleitung und Gang der Untersuchung

- 1. NetzDG und DSA im Überblick:** Funktionsweise und Charakter des NetzDG in Gegenüberstellung zum DSA — Gesetzeszweck des NetzDG und Fortentwicklung durch den DSA — Höherrangiges Recht
- 2. Strafrechtliche Auswertung des NetzDG und des DSA:** Vereinbarkeit der Strafnormen aus § 1 III NetzDG mit dem Telos des NetzDG — Für die Meldung nach § 3a II Nr. 3 NetzDG relevante Straftaten — Für die Meldung nach Art. 18 DSA relevante Inhalte — Ausblick: Zukünftige Rolle strafrechtlicher Meldepflichten in § 3a NetzDG — Zwischenergebnis
- 3. Das NetzDG und der DSA im Kontext der Strafverfolgung:** Prozessuale Vorgaben in Art. 18 DSA — Überblick: Die Akteure des NetzDG — Grundrechtssensible Strafermittlung in sozialen Netzwerken — Die Meldepflicht bei bestimmten Inhalten, § 3a NetzDG — Praktische Herausforderungen für den Justizapparat und das Polizeiwesen — Zwischenergebnis
- 4. Strafanwendungsrecht und weitere Zuständigkeitsfragen:** Die Allzuständigkeit des AG Bonn bei Vorabentscheidungen im Bußgeldverfahren — §§ 5, 7 OWiG i.V.m. § 4 III NetzDG für die Ordnungswidrigkeiten im Rahmen des NetzDG — §§ 3 ff. StGB für die in § 1 III NetzDG genannten Strafnormen

Endergebnis und Ausblick

Anhang

Literaturverzeichnis, Verzeichnis über zitierte Internetadressen, Stichwortverzeichnis

Bestellungen können an jede Buchhandlung oder direkt an den Verlag gerichtet werden.
Nutzung und Download von E-Books erfolgen über unsere eLibrary. *Änderungen vorbehalten.

www.duncker-humblot.de